

SoVD, DGB und Deutscher Frauenrat in Aktion für mehr Lohngerechtigkeit

## Raus aus der Teilzeitfalle!

Immer noch erhalten Frauen hierzulande durchschnittlich 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Mit dieser Lohnlücke, die sich hartnäckig hält, belegt Deutschland den drittletzten Platz im europäischen Vergleich. Noch drastischer ist die Situation mit Blick auf die Bezüge im Rentenalter: Hier beträgt die Einkommensdifferenz bis zu 60 Prozent. Der Sozialverband Deutschland (SoVD), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Frauenrat haben deshalb Politik und Wirtschaft erneut zu mehr Lohngerechtigkeit aufgefordert. Im Rahmen einer gemeinsam organisierten Großkundgebung vor dem Brandenburger Tor sprachen sich auch Politikerinnen der im Bundestag vertretenen Parteien am Equal Pay Day (Tag der Entgeltgleichheit) für mehr Lohngerechtigkeit aus.



Foto: Wolfgang Borrs

Großkundgebung vor dem Brandenburger Tor – auch in den SoVD-Landesverbänden fanden unter dem Motto: Frauen haben ein „Recht auf Mehr!“ bundesweit über 100 Protestveranstaltungen statt.

„Wir müssen davon ausgehen, dass künftig 41 Prozent der westdeutschen und 21 Prozent der ostdeutschen Frauen zwischen 45 und 50 Jahren eine Rente unterhalb der Grundsicherung zu erwarten haben“, benannte SoVD-Präsidiumsmitglied und Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack am Rednerpult alarmierende Fakten. „Warum sind Frauen arm? Frauen verdienen im Schnitt 21 Prozent weniger, haben öf-

ter Lücken im Erwerbsleben oder aber sich auf die Versorgung durch einen Ehepartner verlassen, der diesen Vertrag irgendwann auflöst“, erklärte Schliepack. Auch die Tätigkeit in Minijobs, zu der zunehmend auch ehemals feste Arbeitsplätze etwa im Handel oder in der Pflege gehören, habe zur Folge, dass Frauen zunehmend schnell in die Armut abrutschen, führte die Bundesfrauensprecherin weiter aus. Dass sich nach

Einführung des Mindestlohnes die Kluft bei den Verdiensten geringfügig verringert hat, begrüßte die SoVD-Bundesfrauensprecherin. Sie mahnte jedoch gleichzeitig: „Für eine armutsfeste Rente reicht die derzeitige Höhe nicht aus!“

Als einen ersten Schritt zu mehr Lohngerechtigkeit bezeichnete auch die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack die Einführung des Mindestlohnes. Denn gerade

Frauen arbeiteten besonders oft in Dumpinglohnbereichen, sagte Hannack, die feststellte: „Auch mit dem Mindestlohn sind Frauen oft noch weit entfernt von einer Existenzsicherung.“

Elke Ferner (MdB/SPD), Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, nahm Bezug auf den Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit. Festgelegt

**Fortsetzung auf Seite 2**

### Ersatz für Vater und Mutter gleichzeitig

BBW Stendal nimmt unbegleitete minderjährige ausländische Jugendliche auf

**Seiten 6 und 7**



### Vorhang auf: Theater im Hospiz

„Der Tod gehört zum Leben“ – neue Serie in der SoVD-Zeitung (Teil 1)

**Seite 3**



### „Behinderung ist kein Privileg“

Zahlreiche weitere Mitglieder-Zuschriften zum Thema „Barrierefreiheit“

**Seite 20**

### Erste Lücken geschlossen

Kabinett bewilligt Reform des Sexualstrafrechtes

**Seite 4**



### Same procedure as last year?

Königin Elizabeth II. feiert ihren 90. Geburtstag im großen Stil

**Seite 24**



### Anzeige



**Unsere Berater finden für Sie die passende Sterbegeldversicherung!**

Entlasten Sie Ihre Angehörigen und decken alle Kosten ab!

- ✓ Aufnahme bis zum 85. Lebensjahr
- ✓ Keine Gesundheitsfragen
- ✓ Keine Wartezeiten
- ✓ Günstiger Gruppentarif für VVS-Versicherte

Jetzt kostenlos beraten lassen.

**030 - 726 222 401**

www.vvs-ag.com | info@vvs-ag.com



## Blickpunkt

Gegen die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen macht sich unser Verband seit Langem stark. Mit Recht, denn aus Lohnungerechtigkeit, prekärer Beschäftigung und Lücken gerade in weiblichen Biografien erwächst immer häufiger die Armut im Alter. Doch auch in anderen Bereichen unserer Gesellschaft werden aktuellen Studien zufolge die Einkommensverhältnisse stetig ungleicher. Noch nie ging die Einkommensschere in Deutschland weiter auseinander.

So stiegen die Bezüge der wohlhabendsten deutschen Haushalte in den Jahren 2000 bis 2014 um 40 Prozent; parallel dazu „wuchs“ das Gesamteinkommen bei den Geringverdienern nur um sechs Prozent. Weil gleichzeitig die Verbraucherpreise zulegen, werden die Betroffenen immer ärmer und von Teilhabe und Wohlstand abgekoppelt. Eine weitere bezeichnende Zahl aus der Studie: Das durchschnittliche Jahres(!)-Einkommen eines alleinlebenden Arbeitslosgeld-

II-Empfängers lag im Jahr 2014 bei nur 9000 Euro – zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben! Eine Hauptursache für das Auseinanderklaffen der Einkommen sind zunehmend ungleiche Bildungschancen für Kinder, insbesondere die aus Familien mit niedrigen Einkommen, z.B. bei Alleinerziehenden oder Familien mit Migrationshintergrund. Auch gegen ungleiche Bildungschancen werden wir weiter kämpfen!

**Adolf Bauer**  
SoVD-Präsident